

- Beschluss**
 Wahl
 Kenntnisnahme

Vorlagen Nr. 36/002/2024

öffentlich

Fachbereich: Straßenverkehrsamt Bearbeiter/in: Herr Arno Klünner	Datum: 06.09.2024 Az.: 36-2
---	--------------------------------

Beratungsfolge	Termine	Art der Entscheidung
Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz	19.09.2024	Vorberatung
Kreisausschuss	26.09.2024	Vorberatung
Kreistag	10.10.2024	Beschluss

**Freiwillige Abgabe des Führerscheins (Fahrerlaubnisverzicht gegen Deutschlandticket)
 Hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 13.02.2024**

- | | | | |
|-----------------------------|--|--|---|
| Finanzielle Auswirkung | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein | <input checked="" type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen |
| Personelle Auswirkung | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein | <input checked="" type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen |
| Organisatorische Auswirkung | <input type="checkbox"/> ja | <input checked="" type="checkbox"/> nein | <input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen |
| Auswirkung auf Kennzahlen | <input type="checkbox"/> ja | <input checked="" type="checkbox"/> nein | <input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen |
| Klimarelevanz | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein | <input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen |

Beschlussvorschlag:

Beschluss nach Beratung

Fachbereich: Straßenverkehrsamt Bearbeiter/in: Herr Arno Klünner	Datum: 06.09.2024 Az.: 36-2
---	--------------------------------

**Freiwillige Abgabe des Führerscheins (Fahrerlaubnisverzicht gegen Deutschlandticket)
Hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP vom 13.02.2024**

Anlass der Vorlage:

Mit Beschluss des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz vom 29.02.2024 wurde die Verwaltung beauftragt zu prüfen, inwieweit ein Programm des Kreises Mettmann aufgelegt werden kann, welches älteren Menschen ab einem festgelegten Alter die Möglichkeit bietet, freiwillig ihren Führerschein abzugeben. Im Gegenzug sollen sie das Deutschlandticket für den öffentlichen Nahverkehr erhalten.

Wie lange und zu welchem reduzierten Preis bzw. ob das Deutschlandticket kostenlos an die Menschen herausgegeben werden sollte, war ebenfalls durch die Verwaltung zu prüfen.

Sachverhaltsdarstellung:

Der vorstehende Auftrag soll ausweislich der Antragsbegründung die Zielsetzung verfolgen, eine Maßnahme zu schaffen, die der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer dient und für ältere Bürgerinnen und Bürger einen Anreiz darstellt, vermehrt auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) umzusteigen. Durch die „freiwillige Abgabe des Führerscheins“ können potenzielle Sicherheitsrisiken aufgrund nachlassender Fahrtauglichkeit reduziert werden.

Die umgangssprachlich formulierte „freiwillige Abgabe des Führerscheins“ bedeutet rechtlich den „Verzicht auf die Fahrerlaubnis (FE)“ und damit den endgültigen und grundsätzlichen Verzicht auf das Recht, Kraftfahrzeuge im öffentlichen Verkehrsraum bewegen zu dürfen.

Im Gegenzug soll den Betroffenen nach diesem Verzicht ab einem bestimmten Alter für einen noch näher zu bestimmenden Zeitraum das sogenannte „Deutschlandticket“ zur Verfügung gestellt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Zu Beginn sollen hier die möglichen Kosten vorangestellt werden, die Grundlage für die Entscheidung sein können, in welchem Umfang den Bürgerinnen und Bürgern im Kreis Mettmann ein „Deutschlandticket“ kostenlos zur Verfügung gestellt werden könnte.

Die nachfolgende Tabelle bildet beispielhaft verschiedene Fallzahlenmengen und deren finanzielle Auswirkungen ab:

Anzahl Tickets	Kosten bei unterschiedlicher Dauer des Ticket-Abonnements				
	1 Monat	3 Monate	6 Monate	9 Monate	12 Monate
50	2.450	7.350	14.700	22.050	29.400
100	4.900	14.700	29.400	44.100	58.800
250	12.250	36.750	73.500	110.250	147.000
500	24.500	73.500	147.000	220.500	294.000
750	36.750	110.250	220.500	330.750	441.000
1000	49.000	147.000	294.000	441.000	588.000

Die Tabelle unterstellt den aktuellen Preis für das Deutschlandticket in Höhe von 49,- €/Monat

Die Anzahl der älteren Führerscheininhaber im Kreis Mettmann geht weit über diese Varianten hinaus und würde sich ohne Festlegung einer Altersgrenze im hohen fünfstelligen Bereich befinden. Diese Vielzahl von Personen kann hier nicht annähernd Berücksichtigung finden.

Allein aus haushalterischen Gründen und damit auch aus Gründen der Planungssicherheit sind insofern

- die Zahl der auszugebenden Tickets und deren Laufzeit sowie
- die Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel

zu kontingentieren. Diese Kriterien stellen die Grenzen des zur Verfügung gestellten Angebots dar.

Vergleiche mit anderen Behörden:

Bundesweit wird das „Senioren-Ticket-Modell“ bereits in diversen Kreisen und kreisfreien Städten angeboten. Dabei ist festzustellen, dass die ÖPNV-Tickets von den Behörden im Umfeld im Tausch gegen den Führerschein **kostenlos** angeboten werden.

Als erfolgreichste Variante haben sich dabei solche Modelle etabliert, die eine lange Laufzeit (bis zu 12 Monaten) beinhalten. Kurzfristige Varianten (2 – 3 Monate Laufzeit) finden dagegen eine eher geringe Akzeptanz.

Langzeitmodelle über einen Zeitraum von 12 Monaten haben nach den Erfahrungen anderer Behörden den Vorteil, dass die Betroffenen einen ganzen Jahreszyklus „erfahren“ und dabei nicht zufällig eine vermeintlich geeignetere oder ungeeignete Jahreszeit wählen müssen. Sie erhalten damit auch ausreichend Zeit für eine Umstellung auf das neue Verkehrsmittel und sind eher dazu geneigt, dass bereits vorhandene Abonnement auf eigene Kosten fortzusetzen.

Für einen Vergleich mit dem Kreis Mettmann sollen folgende Kreise / kreisfreie Städte aufgrund ihrer räumlichen Nähe oder Größenordnung herangezogen werden:

Kreis / kreisfreie Stadt	Einwohner	Angebot seit	Mindestalter	Dauer des Ticketangebotes	Anzahl der ausgestellten Tickets (Stand: 30.06.2024)
Stadt Le-verkusen	165.000	01.05.2023	75	12 Monate	553
Rhein-Erft-Kreis	472.000	Vorgesehen ab 09/2024	60	6 Monate	Festlegung auf 200 Tickets / Jahr in 2024 und 2025
Dortmund	593.000	2023/2024	ohne	2 Monate	109
Kreis Kleve	320.000	01.02.2024	ohne	12 Monate	203

Zeitliche Dauer des Ticketangebotes

Welche der möglichen Varianten infrage kommt, ist auch von der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel abhängig.

Beispielhaft könnten auf der Basis einer möglichen Bereitstellung von 100.000 € rund 170 Deutschland-Tickets zum Preis von derzeit 49,- € und für die Dauer von insgesamt 12 Monaten vergeben werden. Sollte sich der Preis erhöhen, verringert sich die Zahl der Tickets entsprechend.

Variante*	Dauer in Monaten	Zahl der Bürger/innen
1	3	680
2	6	340
3	9	226
4	12	170

*ausgehend von 100.000 € / Ticketpreis 49,00 €

Mit der Herausgabe vergünstigter Tickets könnte zwar eine höhere Anzahl an Bürgerinnen und Bürger erreicht werden, allerdings wird empfohlen, die Tickets kostenlos herauszugeben. Eine kostenreduzierte Variante erscheint vor allem aus Gründen der mangelnden Akzeptanz nicht sinnvoll und würde darüber hinaus einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeuten.

Festlegung des berechtigten Personenkreises

Vor dem Hintergrund des politischen Auftrags ist der berechtigte Personenkreis und damit verbunden eine Altersgrenze festzusetzen.

Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass das Angebot eines „Deutschlandtickets“ vor allem den älteren Bürgern einen Anreiz bieten soll, auf den ÖPNV umzusteigen, um damit gleichzeitig auch die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden zu erhöhen.

Eine Auswertung der altersbedingten Fahreignungsüberprüfungen aus der Führerscheinstelle ergibt ein deutliches Bild.

Die Zahl der auffälligen Fahrerlaubnisinhaber in den Jahren 2023 / 2024

- im Alter von **75+ liegt mit insgesamt 181 Fällen** deutlich über dem Wert
- derer im Alter von **65 bis 74 Jahren mit insgesamt 16 Fällen.**

Die Arbeit in der Eignungsüberprüfung zeigt auch, dass der drohende endgültige Führerscheinentzug für die betroffenen Menschen emotional sehr belastend ist. Ein Angebot zum freiwilligen Tausch des Führerscheins gegen das Deutschlandticket könnte für diesen Personenkreis eine deutliche Erleichterung in einer schwierigen Lebenssituation darstellen. Darüber hinaus könnten laufende Verfahren kurzfristig abgeschlossen werden und somit zu einer Entlastung innerhalb der Verwaltung führen.

Der Aspekt, dass eine nachlassende Fahrtauglichkeit zu vermehrten Sicherheitsrisiken führt, beinhaltet die aktive Nutzung eines Kraftfahrzeugs. Es sollte daher ergänzend eine Erklärung abgegeben werden, dass ein Kraftfahrzeug in den letzten 12 Monaten vor Antragstellung bewegt und damit aktiv am Straßenverkehr teilgenommen wurde.

Nach vorliegenden Informationen, die sich sowohl aus der Abfrage der umliegenden Behörden als auch aus Telefonaten mit potenziellen Interessenten ergeben haben, würde die Möglichkeit der freiwilligen Führerscheinabgabe im Tausch gegen ein kostenloses ÖPNV-Ticket auch dann in Anspruch genommen, wenn die Nutzung eines Kraftfahrzeugs schon Jahre zurückliegt und auch in Zukunft nicht beabsichtigt ist.

Die Vergabe eines ausschließlich am Alter orientierten Deutschlandtickets, ohne eine zusätzliche Erklärung über die aktive Nutzung eines fahrerlaubnispflichtigen Fahrzeugs innerhalb der letzten 12 Monate, könnte insofern am Ziel der Verbesserung der Verkehrssicherheit vorbeilaufen.

Beschluss nach Beratung:

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen könnte ein Programm zur freiwilligen Führerscheinabgabe im Tausch gegen das Deutschlandticket unter folgenden Voraussetzungen aufgelegt werden:

- **Dauer des kostenlosen Ticketangebotes:** **12 Monate**
- **Mindestalter für den freiwilligen Verzicht:** **75 Jahre**
- **Einbeziehung von Personen, die sich in einem laufenden Verfahren zur Überprüfung der Fahreignung befinden**
- **Abgabe einer Verzichtserklärung mit gleichzeitiger Bestätigung, dass eine aktive Verkehrsteilnahme in den letzten 12 Monaten erfolgt ist**
- **Bereitstellung von Haushaltsmitteln**
- **Die Mittel würden im Haushalt im Produkt 02.05.02 veranschlagt**
- **Durchführung einer Pilotphase von einem Jahr mit anschließender Evaluation**

Weiteres Vorgehen

Der Fahrerlaubnisverzicht ist eine weitreichende Entscheidung. Aufgrund der gegebenen Zuständigkeiten, aber auch mit Blick auf einen Beratungsbedarf hinsichtlich der möglichen Folgen kann ein Verzicht nur gegenüber der Führerscheinstelle des Straßenverkehrsamtes erfolgen.

Es ist geplant, dass die Verzichtserklärung mit gleichzeitiger Führerscheinabgabe sowohl auf dem Postweg übersandt oder persönlich zur Niederschrift in der Führerscheinstelle abgegeben werden kann. Das Deutschlandticket soll nach Möglichkeit auf dem Postweg zugestellt werden.

Das Programm soll durch Informationsmaterialien und eine entsprechende Pressearbeit begleitet werden.

Rückerlangung der Fahrerlaubnis

Den Bürgerinnen und Bürgern muss deutlich gemacht werden, dass die Verzichtserklärung zunächst unwiderruflich ist. Die Abgabe ist gebührenfrei. Sie kann nicht durch eine einfache Rücknahmeerklärung rückgängig gemacht werden.

Dennoch besteht grundsätzlich die Möglichkeit, die Fahrerlaubnis im Rahmen eines Neuerteilungsantrages wiederzuerlangen. Die Betroffenen müssen in einem solchen Verfahren mit einer Prüfung ihrer Eignung und Befähigung zum Führen von Kraftfahrzeugen rechnen. Hierzu sind ggf. ärztliche oder fachärztliche Bescheinigungen vorzulegen oder Fahrproben durchzuführen, wodurch den Betroffenen nicht unerhebliche Kosten entstehen.

Personelle Auswirkung

Die Maßnahme wirkt sich als zusätzlicher Aufwand auch personell aus. Für die Abwicklung des Verzichts bei gleichzeitiger Vorbereitung auf die Ausstellung eines Tickets wird, insbesondere bei persönlicher Vorsprache der Betroffenen, mit einer Arbeitszeit von insgesamt 30 – 45 Minuten gerechnet. Bei einem anvisierten Wert von 170 Tickets ergibt sich ein zusätzlicher Personalaufwand von 5.100 bis 7.650 Jahresarbeitsminuten. Eine personelle Entlastung, die durch das verzichtsbedingte Ausbleiben einer unbestimmten Zahl von Fällen entstehen könnte, ist dagegen nicht zu erwarten.

Klimarelevanz

Sollte das Kontingent im Rahmen des Verwaltungsvorschlags vollumfänglich ausgenutzt werden, steigen jährlich 170 selbstfahrende Verkehrsteilnehmer auf den Öffentlichen Personennahverkehr um. Insofern trägt die damit verbundene Aufgabe eines eigenen Kraftfahrzeuges auch zum Klimaschutz bei.

Anlage

Verzichtserklärung